



**Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter**

Jahresbericht Türkei 2013

Auch 2012 wurden Vorwürfe über Folter und andere Misshandlungen in offiziellen Hafteinrichtungen laut. Im Juni verabschiedete das Parlament neue gesetzliche Bestimmungen zur Einrichtung des Amtes einer Ombudsperson und einer nationalen Menschenrechtsinstitution. Diese Institution erhielt jedoch keine angemessenen Garantien, um ihre unabhängige Arbeit zu ermöglichen. Ende des Jahres war noch unklar, ob bzw. inwieweit sie die Verpflichtungen aus dem Fakultativprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter einhalten und eine unabhängige Überwachung von Haftzentren durchführen konnte. Weitere unabhängige Mechanismen, die die Regierung zugesagt hatte, wie ein Verfahren für Beschwerden gegen Polizeibeamte, wurden 2012 nicht eingerichtet.

Nach Vorwürfen des (u.a. auch sexuellen) Missbrauchs wurde im März 2012 eine Reihe von Jungen aus dem Gefängnis in Pozantö in der südlichen Provinz Adana verlegt. Eine offizielle Untersuchung des Geschehens war Ende 2012 noch nicht abgeschlossen. Der Europäische Ausschuss für die Verhütung von Folter (CPT) besuchte das Gefängnis Pozantö im Juni, dessen Bericht Ende des Jahres noch nicht veröffentlicht wurde.

Im Berichtsjahr wurden wiederholt Vorwürfe laut, wonach die Polizei bei Demonstrationen exzessive Gewalt angewandt hatte, darunter auch Schläge. Drei Protestierende sollen an den Folgen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung gestorben sein.

Im Dezember 2012 wurden bis zu 50 Studierende bei Auseinandersetzungen mit der Polizei auf dem Campus der Technischen Universität in Ankara verletzt. Zuvor hatte die Polizei eine friedliche Protestkundgebung gegen den Besuch des Ministerpräsidenten aufzulösen versucht. Ein Student wurde von einer Reizgasgranate am Kopf getroffen und mit Verdacht auf Gehirnblutung ins Krankenhaus eingeliefert.